



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 45. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 22. Juni 2016, 15:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 8**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Situation in den Jugendämtern und den Allgemeinen Sozialen Diensten“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 18**

Stellungnahme zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 18**

Stellungnahme zum Themenkomplex „Militär und Kinder in Deutschland“

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 18**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 18**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 7
Wortprotokoll	Seite 8



Tagungsbüro


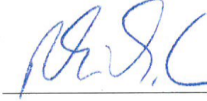
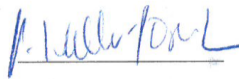


Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)
Mittwoch, 22. Juni 2016, 15:30 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert	_____	DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 20. Juni 2016

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 22. Juni 2016, 15:30 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____


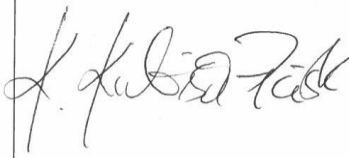

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Gräf, Konstanze	LINKE	
Federspiel, Uwe	LINKE	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Situation in den Jugendämtern und den Allgemeinen Sozialen Diensten“
am Mittwoch, dem 22. Juni 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Cornelia Heyder Geschäftsführerin Lebensnah e. V.	
Kerstin Kubisch-Piesk GEW Berlin	
Heike Schlizio-Jahnke GEW Berlin	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	8, 12, 13, 16, 18
Abg. Eckhard Pols	14, 15
Abg. Susann Rüthrich	13, 15, 16

Sachverständige

Cornelia Heyder	10, 13, 16, 17
Kerstin Kubisch-Piesk	8, 9, 10, 13, 14, 15, 16, 17
Heike Schlizio-Jahnke	8, 9, 10, 13, 14, 16, 17

Bundesregierung

Bettina Zötsch (BMFSFJ)	15
-------------------------	----



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Si- tuation in den Jugendämtern und den Allge- meinen Sozialen Diensten“

Vorsitzender: Ich eröffne die 45. Sitzung der Kinderkommission des Deutschen Bundestages. Wir haben den Beginn der heutigen Sitzung nach vorne verlegt. Vielen Dank, dass Sie so kurzfristig auf 15.30 Uhr umplanen konnten. Uns steht für die öffentliche Expertenanhörung nur eine knappe Stunde zur Verfügung, da im Plenum um 16.30 Uhr die vereinbarte Debatte zum 75. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion beginnt. Das ist auch gut und richtig. Der Präsident hat dazu aufgefordert, dass in dieser Zeit keine Ausschusssitzungen stattfinden. Das betrifft auch uns, und dieser Aufforderung komme ich selbstverständlich nach. Wir werden uns nach der öffentlichen Expertenanhörung möglicherweise auf 17.40 Uhr zum nichtöffentlichen Teil vertagen, da wir einige offene Punkte zu beschließen haben. Ich weiß aber schon, dass Herr Pols daran aller Voraussicht nach nicht teilnehmen kann. Frau Walter-Rosenheimer kommt gegen 16.00 Uhr zu uns dazu. Sie hat sich entschuldigen lassen. Herr Pols und Frau Rührich sind anwesend. Damit kommen wir zum ersten Tagesordnungspunkt, dem öffentlichen Expertengespräch. Es ist das zweite im Themenkomplex zur Situation in der Kinder- und Jugendhilfe, das heutige Thema lautet „Situation in den Jugendämtern und dem Allgemeinen Sozialen Dienst“. In Berlin heißt es nicht ASD, sondern RSD, das muss ich gleich vorweg sagen. Als Einzelsachverständige sind Frau Cornelia Heyder, die Geschäftsführerin von Lebensnah e. V., einem freien Träger aus der Bundeshauptstadt Berlin, sowie Frau Kerstin Kubisch-Piesk und Frau Heike Schlizio-Jahnke von der GEW Berlin geladen. Außerdem haben wir wieder Frau Zötsch vom BMFSFJ zu Gast. Wir haben vereinbart, dass Frau Kubisch-Piesk und Frau Schlizio-Jahnke anfangen. Jede von Ihnen hat etwa 10 Minuten. Ich weise darauf hin, dass wir Wortprotokolle fertigen, auf deren Basis wir dann im Konsens eine Stellungnahme erarbeiten und verabschieden. Das wird etwa im Oktober soweit sein, wenn der ganze Komplex abgeschlossen ist.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Ich persön-

lich kannte die Kinderkommission noch nicht und bin sehr froh, mich in diesem Zusammenhang mit diesem Thema beschäftigt zu haben. Wir sind als Vertreterinnen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hier, arbeiten aber beide in einem Jugendamt in Berlin. Wir sind bundesweit sehr gut vernetzt, weil wir uns in verschiedenen Bereichen organisieren und vernetzen. Darüber hinaus machen wir sehr viele Fortbildungen im Bereich der Jugendämter in Deutschland und fühlen uns deshalb in der Lage, nicht nur aus Berlin zu berichten.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Mein Name ist Kerstin Kubisch-Piesk. Ich bin im Regionaldienst Gesundbrunnen im Jugendamt Mitte von Berlin tätig. In der Region Gesundbrunnen leben 91.705 Einwohner. Der Regionaldienst Gesundbrunnen ist also im bundesweiten Vergleich schon ein kleines Jugendamt. Meine Kollegin ist in der Nachbarregion Regionalleiterin.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Ich arbeite ebenfalls im Bezirksamt Mitte, und zwar in der Region Wedding. Auch diese ist mit 84.194 Menschen sehr groß. Es handelt sich insofern gewissermaßen jeweils um ein kleines Jugendamt, das wir leiten. Es ist aber nur ein Viertel des gesamten Jugendamtes von Berlin-Mitte. Wir sind bereits seit vielen Jahren aktiv, um uns für die Arbeitsbedingungen der Kollegen in den Jugendämtern einzusetzen. Unser Jugendamt hat vor zweieinhalb Jahren weiße Fahnen als Zeichen der Kapitulation vor der Arbeitsüberlastung aus den Fenstern gehangen. Inzwischen sind die weißen Fahnen eine kleine Institution in Berlin und in den Kreisen schon sehr bekannt. Wir sind weiterhin sehr aktiv und hatten gerade erst in der letzten, vorletzten Woche eine Demonstration mit 250 Beschäftigten organisiert, die auf die Straße gegangen sind, um auf diese – wie wir finden – inzwischen unhaltbaren Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.

Das vielleicht zur Vorrede. Ich möchte jetzt über ein paar Details berichten. Die Kolleginnen und Kollegen der Jugendämter, nicht nur in Berlin, sondern auch in den großen Städten, in den Großstädten haben ähnliche Arbeitsbedingungen wie wir sie aus Berlin berichten können – das ist sehr



wichtig. Es gibt seit vielen Jahren vermehrt Überlastungsanzeigen, weil Kollegen sagen, dass sie unter diesen Bedingungen nicht mehr arbeiten können und um Unterstützung bitten, dies zu beheben. In Berlin haben sich Jugendhilfeausschussvorsitzende und Jugendamtsleitungen immer wieder auch mit offenen Briefen an die Senatsverwaltung gewandt. Erst kürzlich gab es wieder ein Schreiben. Ich will kurz beschreiben, wie sich die Überlastung in den Jugendämtern darstellt. Die Problematiken in den Familien sind immer komplexer geworden und die Eltern haben Schwierigkeiten bei der Erziehung ihrer Kinder. Es liegen psychische Erkrankungen bei Elternteilen vor, die sich verstärken, wie wir immer wieder feststellen. Es gibt viele Schulverweigerungen. Ich glaube, unser Bezirk ist da trauriger Spitzenreiter. Wir arbeiten mit überschuldeten Familien, unsere Familien haben Wohnungsprobleme, da sich kaum noch Wohnraum für die Familien findet. Die Wohnungsproblematik hier in der Stadt wirkt sich inzwischen auch auf unsere Familien aus. Seit der Diskussion um Kevin im Jahr 2005/2006 hat sich auch das Verhalten der Bevölkerung dahingehend verändert, dass wir sehr viel mehr Meldungen von den Menschen bekommen. Die Berliner Kinderschutzhotline wird sehr rege genutzt. Die Bevölkerung ist also sensibilisiert und auch die Professionellen schauen anders auf den Kinderschutz. Inzwischen melden sich nicht mehr nur Nachbarn und Familienmitglieder, sondern auch Freunde und Passanten, die etwas auf der Straße beobachten, sowie Kinderärzte, Zahnärzte, die Polizei, die Familiengerichte, die Kitas und die Schulen. In den letzten Jahren – darüber klagen auch alle Jugendämter – hat die Dokumentationspflicht enorm zugenommen. Es müssen nicht nur der Gefährdungsbogen, die Erstcheckbögen ausgefüllt werden, es gehört noch sehr viel mehr dazu, so dass die Kollegen sehr viel mehr Zeit an ihrem Schreibtisch verbringen müssen, um dieser Dokumentationspflicht nachzukommen. Diese Zunahme der Aufgaben führt dazu, dass die Standards im Kinderschutz nicht mehr eingehalten werden können. Es gibt aber einen Standard, also bestimmte Dinge, die bei Kinderschutzmeldungen eingehalten werden müssen. Das ist im Moment nicht mehr möglich. Das ist etwas, worauf wir immer wieder hinweisen und sagen, „das geht gar nicht.“

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Ich möchte gerne noch ergänzen. Wie ich schon erwähnte, haben wir uns vernetzt. Die Fallzahlbelastung ist gerade in den Großstädten sehr hoch. Die Kollegen betreuen im Schnitt 90 bis manchmal über 100 Familien. Wenn man ausschließlich im Kinderschutzbereich tätig ist, ist das nicht mehr zu leisten. Wir machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass insbesondere die Arbeit mit Familien aus verarmten, konfliktbeladenen Verhältnissen, in denen es auch zu Gewalt an Kindern kommt, bedeutet, dass man sehr viel Zeit in die Zusammenarbeit mit diesen Eltern investieren muss. Diese Zeit haben die Kollegen nicht mehr.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Inzwischen bearbeiten wir zumindest hier in Berlin fast nur noch Kinderschutzfälle. Alles, bei dem nicht akut sofort etwas getan werden muss, bleibt häufig liegen. Es kann nicht bearbeitet werden, das potenziert sich oftmals und führt dann dazu, dass sich die Spirale des Arbeitsstaus noch erhöht. Wir sind also überhaupt nicht mehr präventiv tätig, wobei die Prävention eine Aufgabe aus dem SGB VIII ist. Diese Arbeitsverdichtung führt auch dazu, dass wir gar nicht mehr fachlich arbeiten können, dass wir nicht mehr schauen können, ob zum Beispiel die ausgewählte Einrichtung geeignet ist. Wir suchen vielmehr nur noch einen Platz für ein Kind, weil inzwischen auch die Einrichtungssuche für unterzubringende Kinder sehr schwierig geworden ist. Diese Kinder sind manchmal viel zu lange in Einrichtungen oder in Kriseneinrichtungen, weil es keine Zeit gibt, noch einmal ganz genau hinzuschauen, sich den Fall anzusehen und zu klären, was das Kind oder was die Familie jetzt braucht.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): An den aktuellen Statistiken kann man erkennen, dass die Zahlen für die familiengerichtlichen Eingriffe in Familien in den letzten Jahren enorm gestiegen sind. Auch die Inobhutnahmehzahlen sind in den Großstädten enorm gestiegen. Das bereitet uns große Sorge. Wir selbst sind beide Leitungskräfte. Wir bekommen tagtäglich mit, dass die Kollegen verunsichert sind, dass die Kollegen Angst haben und dass sie aus einer Absicherung heraus Kinder schneller in Obhut nehmen als es manchmal angezeigt ist. Das ist eine hochdramatische Entwicklung, auf die wir hier ganz ausdrücklich



aufmerksam machen möchten. Unsere Zeit ist bald um, wir würden deshalb noch unsere Forderungen als GEW vortragen.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Ich würde gerne noch etwas zu den Berufsanfängerinnen sagen. Die hohe Arbeitsbelastung führt dazu, dass uns Kolleginnen verstärkt verlassen, aus dem Jugendamt herausgehen und in andere Bereiche wechseln. Wir haben zunehmend Schwierigkeiten, neue Stellen zu besetzen. Aktuell sind in unserem Bezirksamt neun Stellen nicht besetzt. Es ist sehr schwierig, neue Kolleginnen zu finden, die im RSD arbeiten möchten, da es nicht nur eine sehr schwierige und nicht besonders gut bezahlte Tätigkeit ist, sondern weil es sehr zeitaufwendig ist, diese Kolleginnen einzuarbeiten. Man braucht ungefähr zwei Jahre, um sich im RSD eingearbeitet zu haben. Wenn man keine Zeit mehr hat, dann schafft man es auch nicht mehr, eine Kollegin gut und richtig einzuarbeiten, und dann lassen wir Berufsanfängerinnen in schwierigen Kinderschutzfällen losgehen, bei denen ich immer wieder große Bauchschmerzen habe.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Wir fordern eine Personalbemessung für die Ausstattung im ASD/RSD. Wir brauchen unbedingt eine Fallzahlbegrenzung. Die Kollegen brauchen standardmäßig Fallsupervisionen und Einzelsupervisionen. Darüber hinaus muss eine rechtliche Absicherung für die Kollegen erfolgen. Die gibt es in manchen Städten nicht. Das ist auch ein ganz großes Thema.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Außerdem fordern wir eine einheitliche Bezahlung, die dieser schwierigen Tätigkeit entspricht. Inzwischen haben wir ja den TV-L und den TVöD, da gibt es unterschiedliche Bezahlungen. Der TVöD sieht vor, die Kollegen, die im Kinderschutz arbeiten, besser zu bezahlen. Wir sind der Auffassung, dass es für die Ausstattung der RSDs Standards hinsichtlich der Stellen, der räumlichen und technischen Ausstattung der Arbeitsplätze sowie der Bezahlung geben muss.

Cornelia Heyder (Geschäftsführerin Lebensnahe V.): Ich habe jetzt immer genickt und dabei ge-

dacht, dass ich Ihnen den gleichen Vortrag noch einmal aus Sicht eines Jugendhilfeträgers präsentiere. Sie werden sich wundern, wie viele Dinge dann ähnlich oder sogar gleich sind. Ich habe dieselben Punkte. Zum Einstieg sage ich: Hilfe zur Erziehung hat keine Lobby. Jugendhilfe hat eine ganz schlechte Lobby. Sie steht unter einem akuten Spardruck. Ihre Wirksamkeit wird immer wieder infrage gestellt: Wie ist sie messbar? Geben wir am Ende die Gelder umsonst aus? Hilfe zur Erziehung ist überhaupt viel zu teuer. In der Presse liest man unentwegt schlimme Artikel, in denen sie als „Geldbeschaffungsmaßnahme von Jugendhilfeträgern“ abgewertet wird, die absolut nicht wirkungsvoll ist. Wir verfolgen das nun inzwischen über Monate und Jahre, und ich muss sagen, dass es die Kollegen, die sich jeden Tag an der Basis den „Hintern aufreißen“ und sich engagiert einsetzen, satt haben, solche Sachen lesen zu müssen, wie beispielsweise: „überforderte Eltern, Berlin zahlt mehr als 400 Millionen, immer mehr Geld, die Kosten sprengen den Haushalt, Berlin hat 408 Millionen Euro ausgegeben, das hilft nicht den Menschen, sondern sich selbst, ganz viel Kindesmisshandlungen, Familien werden mangelhaft betreut“ – zum Teil ja wirklich, aber das liegt an den Rahmenbedingungen –, „Kinder werden häufiger aus Familien genommen, bleiben länger im Heim, woran liegt das?, was ist das?“ Sie erkennen sofort die Schnittstellen zu dem, was eben gesagt wurde. Trotzdem möchte ich noch einmal deutlich machen, dass es für die Fachkräfte ein anspruchsvoller Arbeitsbereich ist, in dem gut ausgebildete sozialpädagogische Fachkräfte arbeiten, auch psychologische Fachkräfte und Fachkräfte mit Zusatzausbildungen wie z. B. einer therapeutischen, psychotherapeutischen, familientherapeutischen oder kunsttherapeutischen Zusatzausbildung, Mediatorenausbildungen und Supervisorenausbildungen. Gleichzeitig sind sie im Arbeitsalltag deutlich belastet, wenn sie in den Hilfen zur Erziehung arbeiten. Die Fachkräfte spüren diesen Sparzwang der Jugendhilfe. Sie arbeiten unter verschlechterten Arbeitsbedingungen und erfahren gleichzeitig sehr wenig Anerkennung für ihre Arbeit. Im Hinblick darauf und auf den sich zuspitzenden Fachkräftemangel im sozialen Sektor läuft die Hilfe zur Erziehung Gefahr, ihr Fachpersonal zu verlieren. Da geht es den freien Trägern genauso wie den Kollegen im RSD. Es gibt nicht nur Schwierigkeiten, neues Fachpersonal zu ge-



winnen, wir verlieren gleichzeitig unser erfahrenes Fachpersonal, da dieses als Coaches für Firmen, freie Supervisoren und Mediatoren usw. in die freie Wirtschaft wechselt. Das Arbeitsfeld ist einfach nicht mehr attraktiv. Die Arbeitsbedingungen bei den freien Trägern sind ebenfalls sehr schwierig. Bei uns stellt es sich so dar, dass vor dem Hintergrund der Einsparbemühungen weniger Stunden pro Familie in der Woche angesetzt werden, d. h., die Kollegen übernehmen viel mehr Fälle als noch zuvor. Das bedeutet, dass die Kolleginnen und Kollegen für die Betreuung von immer mehr Familien mit weniger Stunden kreuz und quer durch die Stadt fahren müssen. Sie haben sehr viele Kontaktpersonen; für jede Familie hängen auch immer sehr viele Stunden an Zusammenarbeit, Kontakte zu Behörden, zu Schulen und zu Kitas dran, das muss man alles mitrechnen. In unseren Bezahlungen sind Wegezeiten nicht eingerechnet, das ist ein grundsätzliches Problem. Wir merken es natürlich auch: Wir haben hauptsächlich die sehr schwierigen Fälle, die im Kinderschutzbereich oder im Graubereich angesiedelt sind, bei denen geschaut werden muss, wo es hingeht. Die präventiven Fälle, also die Familien, die gerne Unterstützung hätten, kommen bei uns aus den besagten Gründen kaum noch an. Wenn man sich das alles überlegt, ist in diesem Rahmen eine Vollzeitbeschäftigung kaum möglich, d. h., unsere Fachkräfte arbeiten hauptsächlich nachmittags, wenn die Kinder aus der Schule sind, wenn die Eltern zuhause und nicht bei der Arbeit sind. Sie haben eine geringe Bezahlung, die ich als nicht angemessen erachte, die auch von den Fachkräften immer wieder klar angesprochen wird und gleichzeitig arbeiten sie nur Teilzeit. Die allermeisten haben keine volle Stelle, weil es gar nicht geht. Sie kommen vielleicht auf 30 Stunden und erhalten 1.500 Euro netto. Das ist nicht angemessen. In dem ganzen Elend sind die RSDs und die freien Träger mehr zusammengewachsen. Es gibt eine große Solidarität mit den Kollegen aus dem RSD, die Zusammenarbeit hat sich intensiviert und es gibt durchaus Gremien, in denen immer wieder gemeinsam nach Lösungen gesucht wird, die natürlich nicht alle in unserer Hand liegen. Die gemeinsame Arbeit ist wiederum sehr anspruchsvoll und durch die Arbeitsüberlastung in den RSDs oft auch schwierig. Es gibt Probleme bei Erreichbarkeiten und bei Absprachen. Es gibt fehlende Verlässlichkeit, was in Kinderschutzfäl-

len besonders kritisch ist. Das heißt, es gibt eine erschwerte Zusammenarbeit, weil z. B. Ansprechpartner häufig wechseln. Kollegen kommen, Kollegen gehen, sie fallen aus, sie müssen sich vertreten lassen. Wenn man einen wirklich kritischen Kinderschutzfall hat, dann muss es eigentlich „flutschen“, und das tut es an der Stelle dann eben nicht.

Was bedeutet das für Eltern, Kinder und Jugendliche, also für Familien, die Erziehungsberatung oder auch Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen wollen? Im Leistungsbereich, in dem keine Gefährdung des Kindes vorliegt, sind Hilfen nur noch sehr schwer zu bekommen. Die Erziehungs- und Familienberatungsstellen sind überlaufen, dort gibt es zum Teil sehr lange Wartezeiten. Dadurch ist es aus der Perspektive eines Elternteils, einer Familie sehr schwierig geworden, frühzeitig Hilfe und Unterstützung durch Fachkräfte zu bekommen. Hilfen zur Erziehung werden nicht gleich eingesetzt. Es werden oft weniger intensive Leistungen vorgeschaltet, durchaus in der Hoffnung, dass diese ausreichen. Hilfesuchende werden in diesem Sinne auch vermehrt an Ehrenamtsinitiativen, Patenschaftsprojekte und Nachbarschaftsinitiativen vermittelt. An dieser Stelle will ich auf ein Problem aufmerksam machen. Es ist an sich eine sehr gute Idee, vernetzt zu arbeiten, nachbarschaftliche Hilfen und ehrenamtliche Hilfen zu aktivieren, wenn diese hinzukommen, wenn sie unterstützend wirken. In dem Moment aber, in dem der Gedanke im Kopf auftaucht, man könnte es „erst mal“ damit probieren, wird es kritisch. In den letzten zwei, drei Jahren haben wir festgestellt, dass wir dadurch enorme Probleme bekommen. Wir haben sehr überforderte Ehrenamtliche erlebt, die an vielen Stellen nicht wussten, was sie tun sollen – weil sie keine oder nicht ausreichend qualifizierte Fachkräfte waren –, wodurch Gefährdungslagen für Kinder entstanden sind. Sie haben kein Wissen um fachliche Standards, sie verfügen nicht über Kinderschutzstrategien.

Es fehlt auch eine Fachaufsicht, und es ist ein Sammelbecken für Täter. Das will ich an einem Beispiel verdeutlichen. Das ist nur eines – wir hatten in den letzten zwei Jahren drei davon. Zwei Männer betreiben einen Kleingarten, den sie zu



einer offiziellen Freizeitanlaufstelle für sozial benachteiligte Kinder im Kiez machen – nachbarschaftliches ehrenamtliches Engagement, wunderbar. Die Kinder verbringen dort die Nachmittage, zum Teil auch die Wochenenden. Das Jugendamt weiß davon, der ganze Sozialraum weiß davon. Man lobt das und lebt das als nachbarschaftliches Engagement. Wir kommen dazu und denken, „da müssen wir mal genau hinschauen.“ Es wäre ja schön, wenn es einfach so wäre, wie alle das hier sehen und haben das überprüfen lassen. Unser Verdacht, dass es sich um bekannte Pädophile handelt, die das genutzt und jahrelang praktisch unter den Augen der Jugendhilfe betrieben haben, hat sich bestätigt. Das heißt, ehrenamtliches Engagement ist eigentlich ein gutes Instrument, wenn aber niemand Zeit hat, darauf zu achten, es zu managen und die Fachaufsicht zu übernehmen, kann es ganz schnell sehr gefährlich werden.

Grundsätzlich stellt sich in dem Zusammenhang die Frage, was uns unsere Kinder wert sind. Wenn man das unter diesem Sparblick betrachtet, könnten Kinderschutzfälle vermieden werden, wenn zeitnah mit gut ausgebildeten Fachkräften gearbeitet würde. Ich sehe gar keinen Grund, warum man im Leistungsbereich, im präventiven Bereich weniger von diesen Hilfen gewährt. Wann sind es Kinder und Familien wert, dass sie Fachkräfte an die Seite gestellt bekommen, wenn sie um Hilfe und Unterstützung bitten und sie den Bedarf haben? Wann und wer entscheidet, dass sie diese Hilfe bekommen, und zwar nicht erst, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist? Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass rechtzeitig eingesetzte Hilfen zur Erziehung sehr wirksam sein können und dass ehrenamtliche Angebote sehr schön sind, um zu entlasten. Da gibt es gerade in den ersten Lebensjahren von Kindern wunderbare Angebote, die man in Anspruch nehmen kann. Es stellt sich die Frage, wieviel wir grundsätzlich bereit sind, zu investieren. Meine Forderungen decken sich im Prinzip mit denen der Kollegen vom RSD. Ich bin der Meinung, dass es absolut dringend mehr Personal in den RSDs und in den Erziehungsberatungsstellen braucht. Es muss eine angemessene Bezahlung von sozialpädagogischen Fachkräften in diesem Bereich geben. Selbstverständlich müssen die Wegezeiten in den ambulanten Hilfen vergütet werden. Darüber hinaus sollte ein Ausbau von präventiven frühzeitigen Hilfen angestrebt

werden, die auch durch Fachkräfte ausgeführt werden. Es geht außerdem um ausreichende Stundenumfänge für die Hilfen zur Erziehung – das ist noch einmal ein kleiner Seitenverweis darauf, dass immer wieder geschaut wird, welche Bezirke am Ende des Jahres wie viele Stunden pro Fall ausgegeben haben. Dabei wird dann immer der Median betrachtet, und die Hauptsache ist, dass man nicht über dem Mittel ist, andernfalls muss wieder nachreguliert werden, obwohl dies bedarfsorientierte Daten sind. Ich denke, man darf die Stundenumfänge nicht an irgendeinem Mittelwert aus allen Bezirken festmachen. Aus unserer Erfahrung der letzten zwei, drei Jahre ist es ganz wichtig, diese ehrenamtlichen Initiativen im Blick zu behalten, kritisch zu überprüfen und dort anzubinden, wo man die Kinderschutzstandards sichern kann.

Vorsitzender: Herzlichen Dank. Wir haben jetzt noch eine knappe halbe Stunde für Fragen und Vertiefung der Debatte. Frau Heyder, Sie sagten, Hilfen zur Erziehung hätten keine Lobby. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, was uns das für die anstehende Novelle des Sozialgesetzbuches VIII sagt. Nach meinem Eindruck wird diese sehr geheimnisvoll behandelt und das, was man in der Öffentlichkeit nachvollziehen konnte, hatte eher etwas mit Öffnungsklauseln und Regionalisierungen zu tun. Es gab ein Papier für die Ministerpräsidentenkonferenz, das auch medienöffentlich wurde. Mich würde auch Ihre Einschätzung interessieren, was man bei der Reform des SGB VIII tun könnte, um die Situation zu verbessern; es geht also nicht darum, die Kommunen finanziell zu entlasten, indem man die Rechtsansprüche „schleift“, sondern um andere Alternativen, als nur zu sagen, „die müssen ihre Aufgaben machen.“ Wir machen hier das Bundesgesetz, da haben wir ein paar Möglichkeiten. Die Frage geht auch an die beiden Kolleginnen von der GEW. Darüber hinaus würde mich interessieren, welche Auswirkungen es am Ende für die Betroffenen, für die Kinder hat, wenn Hilfen zur Erziehung nur noch in Krisenfällen, die dann in stationärer Unterbringung enden, gewährt werden. Können Sie drei aus Ihrer Erfahrung etwas dazu sagen, zu welchen langfristigen Konsequenzen es führt, wenn Hilfen zur Erziehung nicht mehr als Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt werden, sondern nur noch als Notfallinstrumente?



Cornelia Heyder (Geschäftsführerin Lebensnah e. V.): Ich fange mit der SGB VIII-Novelle an. Das Stichwort „geheimnisvoll“ ist eigentlich das, was mich am meisten verwirrt, denn ich habe es wirklich als Gerücht wahrgenommen, dann vom Dachverband erläutert bekommen, ohne dass man ein Papier mitnehmen durfte. Das hat mich sehr entsetzt und ich verstehe es auch nicht. Wenn da wirklich etwas überarbeitet wird, dann müsste man ja eigentlich alle zusammentrommeln und gemeinsam überlegen, mit welcher Zielrichtung man was verändern will. Vor dem Hintergrund, dass das aus meiner Sicht so geheimnisvoll hinter verschlossenen Türen stattfindet, bin ich hoch kritisch. An dieser Stelle kann ich nur sagen, dass ich keine Ahnung habe. Ich habe lediglich Versatzstücke von Dingen gehört, die passieren sollen. Ich würde mir wünschen, dass man das offen diskutiert. Das zu diesem Punkt.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Ich möchte etwas zu der Frage der Auswirkungen sagen. Die Kinder, Jugendlichen und die Familien sind ganz klar die Leidtragenden, denn es ist nicht nur so, dass in den Kinderschutzfällen Hilfen zur Erziehung eingesetzt werden, sondern die Kollegen können mit der Familie und den Kindern und Jugendlichen nicht mehr die geeignete Hilfe erarbeiten. Nach dem KJHG haben wir eigentlich sehr viele Möglichkeiten, so wie sich die Situation aber darstellt, sind diese nicht mehr umsetzbar. Leider gibt es in Deutschland keine Untersuchung darüber, wie in den letzten zehn, fünfzehn Jahren die Lebensgeschichten der Kinder in Pflegefamilien oder in der stationären Jugendhilfe, wo sie ein absolutes Hopping durchlebt haben, verlaufen sind. Leider können wir da nur aus unseren Erfahrungen berichten, und die sind nicht gut. Insbesondere in den Pflegefamilien haben wir die meisten Abbrüche, so dass die Kinder dann aus der Pflegefamilie herausgehen müssen und wir keine adäquate Anschlusshilfe finden.

Vorsitzender: Ich möchte noch einmal versuchen, das „herauszukitzeln“: Was können wir hinsichtlich der Forderungen, der Kritik noch tun – außer dass die Kommunen mehr Geld zur Aufgabewahrnehmung benötigen? Da wird es hier schon schwierig. Mich würde interessieren, wie und wo man am Sozialgesetzbuch VIII so weiterschreibt,

dass man z. B. bei Hilfen zur Erziehung nicht nur in Notfällen und wenn es um die stationäre Unterbringung geht, dem Grundgedanken des Kinder- und Jugendhilferechts mehr Geltung verleihen kann? Haben Sie dazu vielleicht konkrete Vorschläge?

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Ich verweise auf das, was ich vorhin schon sagte. Es muss eine Personalbemessung und eine Ausstattung geben, denn wenn die Jugendämter in Deutschland nicht mehr gut aufgestellt sind, dann kann das KJHG nicht umgesetzt werden. Ich muss es noch einmal deutlich sagen, laut einer aktuellen Abfrage gibt es in Berlin momentan über 100 freie Stellen. Das ist in anderen Großstädten ähnlich. Unsere momentane Praxis, dass wir wie im Gesundheitswesen schauen, was ist ein akuter Fall und was nicht, und die nicht-akuten liegen lassen, ist gesetzeswidrig – aber wir haben keine andere Möglichkeit mehr.

Cornelia Heyder (Geschäftsführerin Lebensnah e. V.): Vielleicht kann ich ergänzend dazu sagen, dass es aus unserer Perspektive eigentlich keinen Gesetzesänderungsbedarf gibt. Wir brauchen eher die Rahmenbedingungen, um es ausfüllen zu können.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Daran schließt sich meine Frage an. Können Sie das vielleicht konkretisieren? Was wäre aus Ihrer Sicht eine angemessene Personalbemessung? Auch das Stichwort Fallbegrenzung ist gefallen; was wären Ihre Ratschläge, auf wie viele Fälle sollte es begrenzt werden? Es liegt nicht in der Verantwortung des Bundes, es gibt vielmehr eine regionale Zuständigkeit und damit große Unterschiede. Wenn es um die Überforderung der Jugendämter geht, ist Berlin immer in aller Munde, woanders sind Jugendämter auch überfordert, aber vielleicht auf einem anderen Niveau und aus anderen Gründen. An dieser Stelle würde ich gern Ihre Einschätzung hören, was angemessen wäre.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): In Berlin gibt es den Maßnahmenplan, in dem erstmals Fallzahlen festgelegt worden sind. Wobei wir immer wieder fragen, „was ist ein Fall?“ Dieser wird sehr unterschiedlich definiert, auch innerhalb der Jugend-



ämter werden im Regionalen oder Allgemeinen Sozialen Dienst unterschiedliche Aufgaben wahrgenommen. Wir fordern Standards, so dass Vergleichbarkeiten gegeben sind. Natürlich gibt es in kleinen Jugendämtern ein breiteres Aufgabenspektrum als in den großen Jugendämtern. Es muss aber einen Standard geben, an den sich dann auch alle halten können.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Den Maßnahmenplan können wir Ihnen gerne zukommen lassen, er ist ja öffentlich. Darin gibt es gute Berechnungen für eine Personalbemessung, das ist eine sehr komplizierte Rechnung. Aber das kann man machen, das ist durchführbar und dafür muss es Standards geben. In Berlin haben die Jugendamtsleitungen und die Stadträte eine Begrenzung auf 65 Fälle pro Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin gefordert, davon sind 30 Prozent Beratung. Es sind ja nicht alle Fälle des Kinderschutzes oder der Hilfe zur Erziehung. Das ist schon mal eine Größe.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Vielen Dank an Sie, dass Sie uns die Problematik aus der Sicht einer Großstadt aufzeigen. Wir kommen aus verschiedenen Regionen. Ich komme aus einer sehr ländlich geprägten Kleinstadt in Niedersachsen mit 75.000 Einwohnern, da sieht es ein bisschen anders aus. Natürlich haben wir auch unsere Probleme, und Sie können sicher sein, dass uns diese Probleme bekannt sind, zumal wir in der Regel auch kommunalpolitisch tätig sind, das kann ich für mich sagen. Daher weiß ich auch, was in den Jugendhilfeausschüssen der Gemeinden diskutiert wird und dass es regional unterschiedliche Probleme in der Größe und auch in den Ausmaßen der Probleme gibt. Ich habe dazu eine Frage. Sie werden ja sicherlich auch über Ihren Dienstherrn an den zuständigen Senator/Senatorin herangetreten sein. Mich würde interessieren, was sie oder er dazu sagt. Es gibt ja für öffentlich Bedienstete das Instrument der Überlastungsanzeige. Haben Sie das auch schon einmal über Ihren Amtsleiter gemacht? Wenn Sie schon weiße Fahnen heraushängen, muss das Problem ja sehr kritisch oder sehr groß sein, und das wird ja dann sicherlich auch bei der Senatsleitung angekommen sein. Welche Gegenmaßnahmen will man da beschreiben? Aber Sie haben ja auch die Probleme geschildert, überhaupt Personal zu finden, insbe-

sondere gutes Personal. Das ist aber nicht nur in Ihrem Bereich so. Ich komme aus dem Handwerk, da ist es ähnlich. Gutes Personal zu finden, ist schwierig; Leute anzulernen, dauert seine Zeit, und diese dann zu halten, ist das nächste Problem. Wenn in Berlin für diesen Bereich schon 400 Millionen Euro ausgegeben werden, dann ist das aus meiner Sicht schon eine erhebliche Summe, die da jährlich im Berliner Haushalt eingestellt ist. Sie sprachen u. a. von der Fallzahl pro Mitarbeiter. Mich würde jetzt noch einmal die Fallzahl pro Mitarbeiter interessieren. Sie sagten, dass die Fallzahlen immer größer werden und Sie immer mehr Fälle bearbeiten müssten. Wie hoch sind diese, liegen sie bei 50 pro Mitarbeiter, bei 150? Damit man mal eine Vorstellung hat. Denn Sie sagten, dass Sie pro Woche oder pro Monat vier Stunden für einen Fall haben. Denn auch der Mitarbeiter, der Sachbearbeiter im Jugendamt muss sich selbst schützen, deshalb erwähnte ich die Überlastungsanzeige. Er kann schließlich selbst rechtlich belangt werden, wenn er nicht richtig hingeschaut hat oder ihm ein Fall gewissermaßen „durchgerutscht“ ist. Wir kennen das ja auch aus Hamburg mit Kevin, Chantal und ähnlichen Fällen. Da müssten doch eigentlich in Berlin auch schon mal die Alarmglocken geschlagen haben. Da muss ein Senator oder eine Senatorin doch versuchen, gegenzusteuern.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Unsere Senatorin hier in Berlin heißt Frau Scheeres. Ich muss ehrlicherweise gestehen, dass ich sie noch auf keiner einzigen Veranstaltung, die wir im Rahmen der weißen Fahnen gemacht haben, gesehen habe. Inzwischen ist in Berlin jedoch einiges passiert. Es ist aber bei den Kolleginnen und Kollegen immer noch nicht spürbar. Der angesprochene Maßnahmenplan ist schon einmal etwas, worauf man sich in Berlin geeinigt und das man verabredet hat. Das Problem ist, dass es jetzt in der Umsetzung hakt. Man braucht dafür mehr Geld, da ist die Finanzverwaltung wieder am Zuge, und daran hängen wir gerade. Sie haben das Handwerk angesprochen. Für das Handwerk gibt es große Werbewände. Ich wünschte mir für die Jugendhilfe, für die SozialarbeiterInnen im Jugendamt auch einmal so eine große Werbewand. Sie sprachen die hohe Summe an, die wir ausgeben. Ja, wir geben viel zu viel Geld für die Jugendhilfe aus. Ich denke, wir könnten eine ganze Menge weniger



Geld ausgeben, wenn wir Hilfen richtig gut einsetzen, wenn wir Zeit für die Familien haben und mit den Familien arbeiten und schauen können, was eine Familie eigentlich braucht. Wenn ein Kind untergebracht werden muss, stellt sich die Situation im Moment so dar, dass ich mich auf die Suche nach einem Unterbringungsplatz beschränke – Punkt. Ich kann nicht mehr nach dem spezifischen Bedarf dieses Kind schauen. Das führt natürlich dazu, dass es die falsche Einrichtung ist und es immer wieder zu Abbrüchen kommt. Das liegt nicht nur daran, dass ich zu wenig Zeit habe, sondern auch daran, dass wir inzwischen zu wenige Einrichtungen haben, die gut mit Kindern arbeiten können.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Wir hatten vorhin schon erwähnt, dass wir deutschlandweit viel unterwegs sind. Wir waren gerade in Hilden, einer Stadt bei Düsseldorf. Dort hat man die gleichen Probleme. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ebenfalls viel zu viele Fälle zu bearbeiten. Es können keine neuen Kollegen mehr eingestellt werden. Momentan liegt der Berliner Durchschnitt bei 80 bis über 100 zu bearbeitende Fälle pro Sozialarbeiter/Sozialarbeiterin, das ist eindeutig zu hoch. Sie haben die Möglichkeit der Überlastungsanzeigen angesprochen. In ganz Berlin werden Überlastungsanzeigen gestellt. Die Jugendämter gehen unterschiedlich damit um. Unsere Jugendamtsleitung hat gerade aktuell eine Anzeige gegenüber der politischen Ebene gemacht, dass wir die Aufgaben im RSD, den Kinderschutz nicht mehr wahrnehmen können. Das ist schon ein großes Armutszeugnis, und die Frage ist, wie die Politik jetzt darauf reagiert.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Vielen Dank. Ich habe eine Frage an Frau Zötsch, weil das SGB VIII angesprochen wurde. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen. Gibt es in Ihrem Hause etwas in Sachen SGB VIII, das wir als Bundespolitiker nicht wissen? Hier wurde vorhin von einer gewissen „Geheimniskrämerei“ gesprochen. Vielleicht können Sie uns im Rahmen dessen, was Sie preisgeben dürfen, aufklären, ob es da irgendwelche Neuerungen gibt. Gibt es ein Arbeitspapier, einen Referentenentwurf oder ähnliches?

Frau **Bettina Zötsch** (BMFSFJ): Ich denke, es ist mittlerweile allgemein bekannt, dass eine SGB VIII-Reform ansteht und dass wir planen, dazu zeitnah einen Referentenentwurf vorzulegen. Also dass die Reform geplant ist, denke ich, ist nicht unbekannt. ...

Unverständliche Zwischenfrage

... Nein. Soweit wir immer wieder hören, kursieren Papiere, aber ...

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Die eine Baustelle ist ja tatsächlich, wie die Jugendämter finanziell ausgestattet sind. Wenn ich beispielsweise bei uns zuhause unterwegs bin, geht es noch ein Stück weiter, was die Überlastung und den Druck auf die Jugendämter angeht, selbst wenn sie finanziell besser ausgestattet werden, weil beispielsweise die Komplexität der Fälle immer größer und damit die Arbeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer belastender wird. Bei uns gibt es z. B. eine „Crystal-Route“ aus Tschechien, wo Phänomene auftreten, die in ihren drastischen Auswirkungen einfach ein anderes Handeln erfordern. Ich höre dort häufig, dass alles – insbesondere für die Kinder – immer schlimmer werde und in den Familien niemand mehr in der Lage sei, zu kochen etc. Ich habe manchmal den Eindruck, dass beispielsweise Mediation und auch Fallberatung sinnvoll wäre. Ich würde gerne von Ihnen wissen, ob es auch Modelle geben könnte, bei denen eine Rotation im Jugendamt sinnvoll wäre, so dass das Personal ggf. einmal wieder zu Erfolgserlebnissen kommt und nicht immer nur Situationen erlebt, die wirklich ans Gemüt gehen und die man kaum aushalten kann. Damit könnte ggf. eine Entlastung auch auf einem weiteren Weg stattfinden als nur durch eine bessere Finanzierung und Ausstattung.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Ich finde es sehr wichtig, dass Sie das sagen. Das ist ja leider auch immer ein Bild von uns Sozialarbeiterinnen im Jugendamt. Wir beide vertreten da eine ganz klar andere Haltung. Wenn wir von finanzieller Ausstattung sprechen, dann meinen wir natürlich Räume, auch Arbeitsutensilien, aber natürlich auch die Personalausstattung. Ein System der Rotation können Sie nur machen, wenn Sie genügend



Leute haben. Eine Fallbesprechung können Sie ebenfalls nur machen, wenn Sie genügend Leute haben. Wir sind beide schon ziemlich lange im Job, seit 25 Jahren, und wir haben natürlich mit den Verfahren sehr positive Erfahrungen gemacht. Deshalb arbeiten wir auch noch da, und deshalb kämpfen wir auch dafür. Wir haben z. B. seit 10 Jahren mit dem Verfahren Familienrat sehr gute Erfahrungen gemacht. Allerdings können Sie das nur machen, wenn Sie Zeit haben. Der Familienrat bezieht die ganze Familie ein, alle Menschen, die an der Familie dran sind. Jetzt mit den Flüchtlingen ist es ein wunderbares Verfahren, aber wenn die Leute, die das initiieren könnten, im Jugendamt nicht da sind, dann nützt selbst das beste Verfahren nichts.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): In meinen Ohren klang es wie eine „Überlastungsanzeige“, mir wurde beschrieben, dass das Jugendamt auch noch Aufgaben der Schulsozialarbeit, also Bereiche, die eigentlich woanders angesiedelt sind, mit übernehmen solle. Es ging um Fälle, bei denen man den Eindruck haben konnte, dass es um eine gewisse Entlastung anderer Stellen geht, indem man einfach „alles mal zum Jugendamt schiebt, das kümmert sich dann schon darum.“ Mich würde vor allem auch interessieren, wie die einzelnen Hilfesysteme aus Ihrer Sicht sinnvoll zusammenarbeiten bzw. sinnvoll zusammenarbeiten könnten. In der Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes haben wir feststellen können, dass sich selten zu wenige Hilfsangebote mit dem einzelnen Kind befassen, sondern dass häufig vielmehr die Koordination sehr schwierig ist. Die Fallbesprechung ist auch zum Teil strukturell kaum möglich, weil beispielsweise der Kinderarzt seine Praxis zumachen müsste, wenn Sie im Jugendamt gerade arbeiten; andersherum müssten Sie im Ehrenamt wahrscheinlich abends zum Kinderarzt gehen usw. Mich würde interessieren, was Sie brauchen, damit diese Hilfesysteme, die neben dem Jugendamt existieren, so arbeiten können, dass auch das Jugendamt eine Entlastung erfährt.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Da drehen wir uns im Kreis. Vernetzung ist ein sehr wichtiges Thema, aber auch dafür brauchen wir Personal. Wir haben aktuell die Erfahrung gemacht, dass es in den Bereichen, mit denen wir uns vernetzen

wollen und sollen, es immer wieder zu Stellenkürzungen gekommen ist. Wenn im Kinder- und Jugendgesundheitsdienst keine Sozialarbeiterin mehr ansprechbar ist, dann gehen wir eben auch zu den Säuglingen, und können dort nicht fragen, ob die Kolleginnen oder Kollegen uns begleiten und unterstützen können. So ist es bei den Erziehungsberatungsstellen, beim kinder- und jugendpsychiatrischen Dienst – da gibt es inzwischen unglaubliche Wartezeiten. Die Familien warten zum Teil bis zu einem halben Jahr auf einen Termin. An dieser Stelle möchte ich noch einmal eine Lanze für die Familien brechen. Wir haben hier nur einen Ausschnitt von Familien. Es gibt sehr viele ganz tolle Familien in diesem Land, die auch Mittagessen kochen können. Das war mir jetzt wichtig zu betonen.

Abg. **Susann Rührich** (SPD): Meine Rede.

Cornelia Heyder (Geschäftsführerin Lebensnahe e. V.): Ich möchte noch etwas zu den Familien sagen. Wir haben wirklich eine bunte Mischung. Mein Eindruck ist, dass viele die Vorstellung haben, dass diese Familien nichts „gebacken kriegen.“ Ich will Ihnen an dieser Stelle sagen, dass wir querbeet Ärzte, Ergotherapeuten, Lehrer, Sozialarbeiter und – das ist jetzt heikel – auch Bundestagsabgeordnete betreuen.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): In der Evaluation ist deutlich geworden, dass Netzwerkarbeit viel Zeit benötigt. Es gibt gute Beispiele. Es ist ja nicht so, dass das alles nur schlecht ist, aber dafür braucht man Partner wie Ärzte – Sie haben es eben angesprochen –, aber auch Lehrerinnen und Erzieherinnen. Im System Schule ist es aber nicht vorgesehen, dass Lehrer und Lehrerinnen für die Vernetzung mit dem Jugendamt oder auch mit dem Familienzentrum Stunden freibekommen. Mit einzelnen Projekten haben wir gute Erfahrungen gemacht, die zeigen, dass es sich auch lohnt.

Vorsitzender: Dann würde ich gerne noch zweieinhalb Fragen anschließen. In Brandenburg läuft eine Machbarkeitsstudie zur Einführung von Schulkrankenschwestern zur Gesundheitsprävention an Schulen. Da gibt es ein Projekt in Cottbus, das landesweit ausgebaut werden soll. Es kostet



natürlich Geld und ist schwierig. Wäre das eine Entlastung? Denn in der Schule – wir haben inzwischen sehr viele Ganztags schulbetriebe – sind Schüler den ganzen Tag und damit – sage ich mal ganz vorsichtig – den ganzen Tag in jeglicher Form unter Beobachtung. Das ist, wenn man so will, inzwischen auch eine Art Korrektiv. Dann habe ich zwei weitere Fragen, die vielleicht etwas umfangreicher sind. Mich würde Ihre Einschätzung interessieren, welche Familien die Hilfen zur Erziehung in Anspruch nehmen. Vielleicht könnten Sie aus einem bloßen Eindruck eine kurze Sozialanalyse machen. Das haben Sie gerade versucht, ich wollte schon fragen, welche Bundestagsabgeordneten das sind, aber das sparen wir uns vielleicht. Dann eine themenfremde Frage: Sie haben gesagt, Sie würden sich auch so große Werbekampagnen wünschen, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wir haben im letzten Jahr gehört, dass viele die Chance genutzt haben, aus dem öffentlichen Dienst zu den freien Träger zu wechseln, wo auf einmal im Rahmen der Flüchtlingshilfe bessere Löhne gezahlt werden konnten, da dort Stellen entstanden, die mitunter vielleicht auch netter und interessanter waren als die bisherige. Was tut man gegen Fachkräftemangel? Müssen wir mehr ausbilden? Was ist da zu tun? Ist es nur eine Frage der Bezahlung und der Überlastung oder hängt möglicherweise noch etwas anderes damit zusammen? Das ist dann häufig keine Frage von Monaten und Jahren, sondern eher eine, für die man in Dekaden rechnet, um die Leute zu bekommen.

Heike Schlizio-Jahnke (GEW Berlin): Der Fachkräftemangel ist ein großes Thema. Es muss sicherlich mehr Ausbildung geben; Ausbildung heißt Studieren mit Hochschulabschluss. Es muss darüber hinaus auch Möglichkeiten geben, die Menschen zu halten. Das, was wir gerade in der sozialen Arbeit erleben, hat eigentlich auch etwas Gutes: man hat die Möglichkeit, die Stelle zu wechseln und sich woanders zu bewerben. Problematisch ist, dass wir so viele freie Stellen haben und der öffentliche Dienst auch nicht mehr attraktiv ist. Zu Ihrer Frage nach den von uns betreuten Familien möchte ich noch kurz ausführen, dass wir im Wedding arbeiten. Wie der Wedding zusammengesetzt ist, wissen wir – aber das kann man nicht auf ganz Deutschland hochrechnen. Aber ich denke, Sie haben sich dazu schon geäußert, da haben wir eine breite Palette von Familien.

Kerstin Kubisch-Piesk (GEW Berlin): Ich möchte noch auf einen wichtigen Punkt zu sprechen kommen. Dieses Problem betrifft nicht nur Berlin, sondern auch andere Städte. Durch die Bologna-Reform wurde das Anerkennungsjahr – manchmal auch als Berufseinmündungsjahr bezeichnet – abgeschafft. Dessen Wiedereinführung ist eine klare Forderung von uns, da die Menschen, die sich entscheiden, in den öffentlichen Dienst zu gehen, nun keine Möglichkeit mehr haben, über einen längeren Zeitraum ein Berufspraktikum zu machen, um noch einmal zu sehen, wie z. B. die Arbeit im Jugendamt ist. Darüber hinaus ist wichtig, dass jede Kollegin standardmäßig eine Supervision, eine Fallsupervision und auch eine Einzelsupervision bekommt. Wenn Sie einmal ein Kind in Obhut genommen haben, dann ist das für alle Beteiligten ein traumatisches Erlebnis, inklusive der Sozialarbeiterin und des Sozialarbeiters, das aufgearbeitet werden muss. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Absicherung der Kollegen im RSD. Das ist ein ganz großes Thema. Viele junge Leute suchen sich lieber eine Arbeit, bei der sie nicht mit einem halben Bein im Gefängnis stehen. Das muss man so sagen. Sehr wichtig ist auch, dass – in München wird das wohl schon so gehandhabt – im Jugendamt Rechtsanwälte arbeiten. Die Verfahren haben zugenommen und insofern wäre es wichtig, wenn das z. B. zum Standard gehören würde. Wenn eine Sozialarbeiterin strafrechtlich verfolgt wird, gibt es meines Erachtens keine Absicherung für diese Kollegin. Das kann nicht sein. Sie handelt im Auftrag des Staates und muss sich dann selbst kümmern, wenn das passiert und bekommt die Kosten nur erstattet, wenn sie freigesprochen wird – das kann nicht sein, das ist einfach nicht attraktiv.

Cornelia Heyder (Geschäftsführerin Lebensnahe. V.): Ich wollte noch eine These zum Fachkräftemangel wagen. Ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich ein akuter Fachkräftemangel oder tatsächlich ein unattraktives Arbeitsfeld ist. Ich würde das Letzte noch einmal betonen. Wir haben im Sommer 2015 mit der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen angefangen. Im Zuge dessen haben wir Sozialpädagogen gesucht und sind mit Bewerbungen überschüttet worden. Da waren die Fachkräfte alle da und haben sich für die Ausschreibung interessiert. Aber auf die Ausschreibung für die Hilfen zur Erzie-



hung, für die RSDs, meldet sich keiner, das ist einfach zu unattraktiv, zu stressig und zu gefährlich. Ich bin mir sicher, dass man unbedingt etwas an den Rahmenbedingungen verändern muss, denn diese sind im Vergleich zu den anderen Möglichkeiten für Fachkräfte in keiner Weise konkurrenzfähig. Das tut sich keiner an.

Vorsitzender: Wir haben noch die Chance für eine letzte ganz kurze Frage – die wird nicht genutzt. Dann danke ich Ihnen für Ihr Kommen. Ich denke, das war ziemlich umfassend, und ich glaube, dass Berlin bundesweit auch nicht ganz so einsam da steht, ich kenne die Probleme auch aus anderen Jugendämtern. Diese Berichte hört man immer wieder, wenn man im Wahlkreis unterwegs ist. Ich

glaube, es ist ein systematisches Problem. Vielen Dank für Ihre umfassenden Berichte und auch für die Vorschläge, die wir versuchen werden, in unserer Stellungnahme aufzunehmen. Wir sind hier in vielen Punkten im Bereich Landes- und Kommunalrecht, und das ist das Problem beim SGB VIII, dass es Länder und Kommunen umsetzen müssen und insbesondere die Möglichkeiten der Kommunen sehr eingeschränkt sind. Deswegen müssen wir uns verständigen, was wir als Empfehlung in die Stellungnahme aufnehmen.

An der Stelle müssen wir jetzt die Sitzung unterbrechen und ins Plenum gehen.

Schluss der Sitzung: 16.31 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender